

Aktuelles aus der Abteilung

Parteiarbeit in Corona-Zeiten

Bei der Mitgliederversammlung am 18. Februar wurden turnusmäßig die Funktionen in unserer Abteilung neu besetzt. In den geschäftsführenden Abteilungsvorstand (GAV) wurden gewählt: Angela Budweg (Abteilungsvorsitzende), Thomas Koch (Stellv. Abteilungsvorsitzender), Martin Müller (Abteilungsschriftführer), Ulrike Schütz (Stellv. Abteilungsvorsitzende), Sandra Türk (Stellv. Abteilungsvorsitzende) und Stefan Valentin (Abteilungskassierer). Die - neue und alte - Abteilungsvorsitzende Angela Budweg trug in ihrem Bericht zwei wichtige Aufgaben unserer Abteilung für die kommenden Jahre vor: Die Gewinnung neuer, vor allem jüngerer Mitglieder und eine intensivere Kommunikation mit der bestehenden Mitgliedschaft, sowie die weitere Stärkung unserer Präsenz in der Öffentlichkeit durch regelmäßige Veranstaltung und durch den weiteren Ausbau der Info-Stände, an denen sich erfreulich viele Mitglieder aktiv beteiligen. In der lebhaften Aussprache gab es viel Zustimmung und praktische Vorschläge dazu.

Am 13. März wurden dann alle Veranstaltungen und Gremiensitzungen durch den geschäftsführenden Landesvorstand wegen der Corona-Krise abgesagt. Die Vorstandssitzungen und die Abteilungsversammlung am 31. März konnten nicht stattfinden. Mit E-Mail und einem Messenger-Dienst hat sofort eine intensive Dis-

kussion im GAV begonnen. Erste Sitzungen haben dann als Video-Konferenzen stattgefunden, nachdem entsprechende technische Voraussetzungen zur Verfügung standen.

Die erste Aktion in der neuen Situation war die Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern über 65 ohne Mailkontakt: Per Telefon hat der GAV praktische Unterstützung zum Beispiel beim Einkaufen angeboten. Konkreter Bedarf wurde nicht angemeldet, aber die Reaktionen waren positiv: Gut eine Telefonnummer zu haben, wo man im Bedarfsfall anrufen könnte.

Am 28. April fand eine Videokonferenz mit allen Funktionsträgern der Abteilung statt und am 26. Mai die erste digitale Abteilungsversammlung. Referentin war unsere Hermsdorfer Genossin Vera Junker, Staatssekretärin für Finanzen, die uns über die aktuelle Haushaltssituation in der Corona-Krise informierte.

Auch wenn Veranstaltungen und Infostände auf absehbare Zeit noch nicht möglich sind: **Wir bleiben aktiv.**

Thomas Koch

Kleine Osterüberraschung

Mit einer kleinen Oster-Aktion hat die SPD Hermsdorf in diesen schwierigen und anstrengenden Zeiten ein Zeichen der Solidarität mit den vielen Menschen setzen wollen, die sich unermüdlich zum Wohle der Patientinnen und Patienten einsetzen.

Nach vorheriger Absprache und mit entsprechendem Sicherheitsabstand wurden am Gründonnerstag vor dem Dominikus-Krankenhaus zwei prall gefüllte Geschenkkörbe an die Pflegedienstleitung Frau Anja Gerlach übergeben. Neben Kaffee und bunten Eiern fanden sich auch Schoko-



lade und Nüsse als Nervennahrung für zwischendurch. „Wir bereiten uns vor auf einen möglichen Ansturm an Covid-19-Patienten“, sagte Frau Gerlach und freute sich sehr über die gelungene Überraschung.

Sandra Türk

Aktion Stolpersteine putzen

Dreißig Stolpersteine gibt es in Hermsdorf, dreißig Menschen, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden, weil sie Jüdinnen und Juden waren (oder nach den „Nürnberger Gesetzen“ der Nazis dafür galten), weil sie Widerstand leisteten, weil sie mit Lernbehinderungen lebten. Sie starben in Auschwitz und Theresienstadt, in Riga, in der psychiatrischen Klinik von Meseritz-Obrawalde. Der jüngste war vier, der älteste 78 Jahre alt. Am 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung, haben wir in zwei Kleingruppen, mit Abstand und Mund-Nase-Schutz, diese Stolpersteine gereinigt und Blumen niedergelegt. Dieser Menschen zu gedenken und sie nicht in

Vergessenheit geraten zu lassen, war uns gerade an diesem Tag besonders wichtig.

Für zwei Stolpersteine in der Wachsmuthstraße 9, für Edith und Ilse Kassel, hat die SPD Hermsdorf seit 2017 die Patenschaft übernommen. Edith war die Tochter von Dr. Ilse Kassel, ihr Vater war ein jüdischer Jurist. Ihre Mutter, Ärztin aus jüdischer Familie, führte in der Hermsdorfer Wachsmuthstraße eine Praxis. Die kassenärztliche Zulassung wurde ihr 1933 entzogen, sie durfte die Praxis nicht mehr weiterführen. Ilse Kassel – Mitglied der SPD Hermsdorf – schloss sich einer Widerstandsgruppe an, sie leistete medizinische Hilfe für untergetauchte Menschen und stellte Flugblätter her. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde sie zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Dort wurde am 9. Mai 1937 ihre Tochter Edith geboren. Nach Entlassung aus der Haft musste sie Zwangsarbeit leisten. Um einer Verhaftung zuvorzukommen, tauchte sie im September 1942 mit Edith unter. Sie wurde versteckt von einer ehemaligen Patientin im Oderbruch in der Nähe von Landes-



berg/Warthe. Das Versteck wurde jedoch verraten. Ilse Kassel sah auf der Flucht vor der Gestapo keinen anderen Ausweg mehr als den gemeinsamen Freitod mit ihrer Tochter. Ilse Kassel starb dabei in der Netze, die Tochter wurde gerettet.

Das Kind kam in das Krankenhaus nach Driesen, wurde aber kurze Zeit später von der Gestapo abgeholt. Am 15. Oktober 1943 wurde Edith Kassel als Nr. 21 mit einem Alterstransport ab Berlin aus der Großen Hamburger Straße 26 deportiert und kam am selben Tag in Theresienstadt an. Am 23. Oktober 1944 wurde sie mit dem

Transport Et von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, der am 25. Oktober dort eintraf. Es ist davon auszugehen, dass sie, als siebenjähriges Kind, noch am selben Tag oder wenige Tage später durch Giftgas ermordet wurde.

Gabi Thieme-Duske / Thomas Koch

Aktuelles aus der Landespolitik

Sozialdemokratische Verkehrs- politik für Berlin

Beim Verkehrspolitischen Dialog der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wurde am 19. Februar der vierte Baustein des Berliner Mobilitätsgesetzes (Fußverkehr) vorgestellt und diskutiert. Grundsätzlich soll erreicht werden:

- Der Umweltverbund aus Bahn & Bus, Fahrrad und Fußgängern hat Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr.
- Mobilität ist ein Grundrecht für alle Menschen. Ohne Mobilität kann es keine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geben. Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen besonderen Schutz — gerade auch als Fußgänger*innen.
- Die Anwohner werden von Betroffenen zu Beteiligten der Verkehrspolitik (Aufstellung von Verkehrsplänen, Wege-Management für Schulen und Freizeiteinrichtungen).

Verkehr passt sich den Menschen an

Ein Viertel aller Wege in der Stadt werden zu Fuß zurückgelegt (dabei sind Fußwege zur Haltestelle oder zum Parkplatz nicht mitgerechnet). Der Straßenraum wird aber zum größten Teil dem Autoverkehr und dem Parken eingeräumt, Fußgänger und Radfahrer drängeln sich auf dem kleinen

Rest. Das bedeutet erhöhte Unfallgefahr, Zeitverlust und eingeschränkte Lebensqualität. Der vierte Baustein des Berliner Mobilitätsgesetzes stellt jetzt klar: Fußgängerverkehr gehört gleichberechtigt mit dem öffentlichen Nahverkehr und Fahrradverkehr zum zentrale Teil der Verkehrsplanung. Die Lebensqualität für die Menschen im Kiez und die Erreichbarkeit der Haltestellen des Nahverkehrs haben Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr. Für den Fußverkehr heißt das konkret:

- Der Umweltverbund aus Bahn & Bus, Fahrrad und Fußgängern hat Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr.
- Mobilität ist ein Grundrecht für alle Menschen. Ohne Mobilität kann es keine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geben. Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen besonderen Schutz — gerade auch als Fußgänger*innen.
- Die Anwohner werden von Betroffenen zu Beteiligten der Verkehrspolitik (Aufstellung von Verkehrsplänen, Wege-Management für Schulen und Freizeiteinrichtungen).
- Nach dem Radverkehr kommt als vierter Baustein des Berliner Mobilitätsgesetzes jetzt der Fußverkehr:

- Direkte Wege und geringere Wartezeiten (z.B. an Kreuzungen, Baustellen und unterwegs zu Haltestellen).
- Bessere Aufenthaltsqualität ermöglicht Verweilen auf öffentlichen Plätzen: Kein Durchgangsverkehr im Kiez.
- Barrierefreie Wege (abgesenkte Bordsteine).
- Sichere Wege: Weniger Unfälle, keine Tote.
Dazu gehört auch eine stärkere Trennung von Rad- und Fußverkehr.

Was heißt das für Hermsdorf?

Verkehrspolitik ist immer wieder Thema in den Diskussionen und Beschlüssen unserer Abteilung. In Hermsdorf sind aber, wie in vielen Außenbezirken, die Gehwege



Der neue Markt am Fellbacher Platz ist ein Anfang...



*... aber zum Verweilen lädt das nicht ein:
Aufenthaltsqualität geht anders!*

und die Straßen kleiner dimensioniert als in der Innenstadt. Deswegen ist es besonders wichtig, aber auch besonders schwierig, Mobilität neu zu denken, die Interessen der schwächeren Verkehrsteilnehmer in den Mittelpunkt zu stellen und die Lebensqualität im Kiez zu steigern. Schwerpunkte der verkehrspolitischen Diskussionen in unserer Abteilung sind derzeit:

- Wo gibt es besondere Gefahrenpunkte für Schulkinder?
- Für ältere Menschen und Menschen mit Mobilität-Einschränkungen?
- Wo brauchen wir dringend neue Radwege? (Dauerbrenner: B 96)
- Gute Ideen für den Berufsverkehr über die Stadtgrenze hinaus?

Thomas Koch

Newsticker aus der BVV

Die Corona-Krise hat auch die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung zeitweise lahmgelegt. Zwar wurden die Fraktionen regelmäßig über die Situation im Bezirk informiert, aber eine reguläre Sitzung war nicht möglich und eine digitale Sitzung kam aus rechtlichen und technischen Gründen ebenfalls nicht zustande. Erst am 13. Mai fand unter entsprechenden Hygiene-Vorkehrungen und mit eingeschränkter Öffentlichkeit wieder eine BVV-Sitzung

statt. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen die Situation der Kitas und Schulen in Corona-Zeiten sowie die Verkehrsprobleme zwischen Hermsdorf und dem benachbarten Glienicke.

Auch die Ausschusssitzungen starten allmählich wieder, um die langen Tagesordnungen abzuarbeiten.

Die nächste BVV findet am 10.6. statt.

Verschiedenes und Termine

Donnerstag, 4. Juni, 18:30 Uhr

Hermsdorfer Stammtisch

Digitaler Jour-Fixe der SPD Hermsdorf

Dienstag, 9. Juni, 18:00

Das Schumann-Projekt 2.0

Die Konferenz zur Zukunft Europas. Digitale Diskussion Gaby Bischoff (MdEP) und Michael Roth (MdB/Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt)

Donnerstag, 11. Juni, 19:30

Kreisvorstand SPD Reinickendorf

Ernst-Reuter-Saal, Rathaus Reinickendorf

Dienstag, 23. Juni, 19:00 Uhr

Digitale Abteilungsversammlung

mit Gaby Bischoff (MdEP), Einladung folgt

Die „Berliner Stimme“, Zeitung der Berliner Sozialdemokratie, blickt in ihrer aktuellen Ausgabe zurück auf Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus vor 75 Jahren und bringt aus diesem Anlass zahlreiche spannende Interviews zur aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik. Es lohnt sich!

Impressum

Rundbrief der Abteilung Hermsdorf des Kreisverbands Reinickendorf der SPD Berlin, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin.
Der Rundbrief erscheint zunächst unregelmäßig und wird an die Mitglieder der Abteilung versandt.

Verantwortlich: Angela Budweg, Thomas Koch (Vorstand SPD Hermsdorf)
info@spd-in-hermsdorf.de